

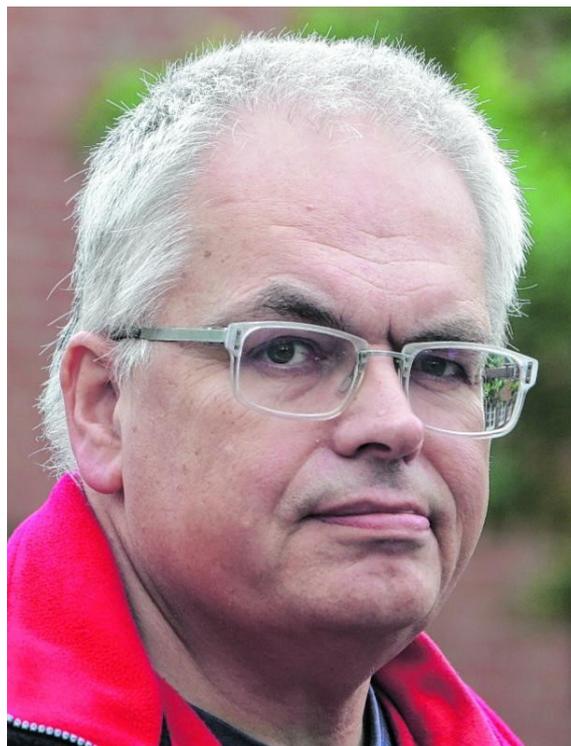
## Streit um Bahnwerkstatt

# Runder Tisch zur Bahnwerkstatt abgesagt

### Behörden werfen Bürgerinitiative Oslebshausen „unerträgliche Entgleisungen“ vor

FRANK HETHEY

Bremen. Eklat im Beteiligungsverfahren um die geplante Bahnwerkstatt auf dem Areal des sogenannten Russenfriedhofs in Oslebshausen: Die Behörden haben am Donnerstag nach eigenem Bekunden „sehr kurzfristig“ den Runden Tisch mit Gegnern der Bebauung abgesagt. Als Grund gab die Baubehörde die „unerträglichen Entgleisungen“ in einem Brief an, den die Bürgerinitiative Oslebshausen und das Bremer Friedensforum an Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) geschickt haben. Nun wollen die Baubehörde und das Ressort für Wissenschaft und Häfen einen „geeigneten kleinen Kreis“ einladen.



Ekkehard Lentz

Im Brief an Maas heißt es, der Bremer Senat verfolge „die völkerrechtswidrige Bebauung“ des Areals. Und weiter: „Offenbar hat das von den Nazis geprägte Stigma der ‚Untermenschen‘ bis heute Bestand und führt dazu, dass sogar im Tode noch unwürdig mit diesen armen Opfern umgegangen werden kann.“

Laut Baubehörde gibt es damit keine Grundlage mehr für eine sachliche Diskussion. Es sei eine „klare Grenze“ überschritten worden, sagt Linda Neddermann, Sprecherin des Bauressorts. Man sei weiter gesprächsbereit, erklärt Neddermann, „nur eben nicht auf dieser Grundlage“.

Das Friedensforum reagierte mit Unverständnis auf die Absage. „Die Nerven scheinen offensichtlich bei einigen Bremer Akteuren blank zu liegen“, sagt Ekkehard Lentz vom Friedensforum. Der Vorwurf der verbalen Entgleisung sei „völlig an den Haaren herbeigezogen“. Lentz hegt den Verdacht, die Bürgerinitiative solle ausgebootet werden. „Wir werden genau überlegen, wie wir damit umgehen.“

Das Auswärtige Amt hat sich inzwischen für nicht zuständig erklärt und das Schreiben an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend weitergeleitet. Mittlerweile haben die Gegner der Bahnwerkstatt nachgelegt und ähnlich lautende Briefe an die Parteivorsitzenden von SPD, Grünen und Linken geschickt.

Seit Herbst vergangenen Jahres schwelt der Streit um die Bahnwerkstatt. Die Bürgerinitiative befürchtet Lärmbelästigung. Weiteren Zündstoff erhielt das Vorhaben, als bekannt wurde, dass sich auf dem ehemaligen Friedhofsgelände noch sterbliche Überreste sowjetischer Kriegsgefangener aus dem Zweiten Weltkrieg befinden könnten.

Unterdessen haben die Behörden zum zweiten Mal zu einer Videokonferenz zum Bauvorhaben eingeladen. Die Online-Veranstaltung soll am Dienstag, 13. Juli, um 17 Uhr stattfinden. Eine Teilnahme ist ohne Anmeldung unter dem Link [global.gotomeeting.com/join/452936149](https://global.gotomeeting.com/join/452936149) möglich.

---